

aus Deutschland



Stipendien-Aufenthalt in Venezuela

vom 19. Oktober 2008 bis 31. Januar 2009

Entwicklungshilfe à la Chávez – Wenn arme Länder noch ärmeren helfen

Von Sabine Prokscha

Venezuela, vom 19. Oktober 2008 bis 31. Januar 2009



Inhalt

1. Zur Autorin	298
2. Einleitung – Der Commandante ist die Revolution	298
3. Im Palast des Präsidenten – Die Hugo-Chávez-Show	299
4. Suche Ärzte, biete Öl – Chávez größter innenpolitischer Erfolg	302
4.1 Essen für alle – Misión Mercal	305
4.2 Bildung für alle – Misión Robinson	306
4.3 Wohlstand für alle	306
5. Reich an Problemen	308
5.1 Der ständige Mangel	308
5.2 Die galoppierende Inflation	308
5.3 Die ungebremste Kauflust	309
5.4 Die wachsende Kriminalität	311
6. Neues Selbstbewusstsein Südamerikas	314
6.1 Vom ehemaligen Schuldner zur Konkurrenz von IWF und Weltbank	314
6.2 Bolívars Traum	315
6.3 Der Euro Südamerikas	316
6.4 Der Fernsehsender der Revolution	317
6.5 Christoph Kolumbus – Held der Kolonialisten	319
7. Rückendeckung für die neue Linke	320

8. Gespaltenes Land	323
8.1 Medien	323
8.2 Kommunalwahl	325
8.3 Ölzukunft	327

Der Ölboom machte es möglich. Venezuela, ein von Krisen und Armut gebeuteltes Land, hat sich in den letzten Jahren zu einem bedeutenden Geberland in Lateinamerika entwickelt – und zu einer ernsthaften Konkurrenz für IWF und Weltbank. Die Entwicklungshilfe im Ausland wird dabei mit der Armutsbekämpfung im eigenen Land verknüpft. Doch die wachsende Exzentrizität des Präsidenten verschreckt die Mittelschicht. Und statt die anrollende Ölkrise zu bekämpfen, ist der Präsident vor allem mit seinem Machterhalt beschäftigt.

1. Zur Autorin

Studium der Politik, Nordamerikastudien und Geschichte an der Freien Universität und der Humboldt Universität in Berlin. Auslandsstudium an der University of Hawaii (Honolulu, USA), Tulane University (New Orleans, USA) und Recherche an der Universidad de Habana (Havanna, Kuba). Studienbegleitend eine dreijährige Journalismusausbildung am Institut zur Förderung des publizistischen Nachwuchses. Außerdem Praktika bzw. freie Mitarbeit bei Spiegel online und Financial Times Deutschland. Studienabschluss 2007 und seitdem im Auftrag von Autoren(werk) freie Autorin von Fernsehbeiträgen für die ZDF-Sendungen WISO und Frontal21.

2. Einleitung – Der Commandante ist die Revolution

In den Wochen und Monaten vor meinem Abflug überschlugen sich in Venezuela die Ereignisse: Erst bezeichnete Venezuelas Präsident Hugo Chávez auf dem Lateinamerikagipfel Angela Merkel als „politische Nachfahrin Hitlers“, dann wurde ein Putschversuch gegen den Präsidenten vereitelt, die Zementindustrie verstaatlicht, regierungskritische Mitarbeiter der Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ des Landes verwiesen und schließlich verkündete Hugo Chávez, alle McDonalds in Venezuela für 48 Stunden schließen zu lassen. Und zwar ab sofort. Meine Recherche versprach spannend zu werden und ich wurde nicht enttäuscht. Nur in einem Punkt habe ich mich geirrt: In der Rolle des Präsidenten. Da ich wusste, wie stark Hugo Chávez polarisiert, versuchte ich, den Präsidenten in meiner Recherche möglichst außen vor zu lassen. Ich wollte die Entwicklungshilfe im Ausland und die Anti-Armutspolitik im Inland nach Effektivität analysieren und nicht nach politischer Zuordnung. Ein unmögliches Unterfangen, wie ich schnell feststellen musste. Hugo Chávez ist die Revolution und die Revolution ist Hugo Chávez.

3. Im Palast des Präsidenten – Die Hugo-Chávez-Show

Anruf am Freitag, 12. Dezember 2008, 17 Uhr: „Hier ist das Ministerio del Poder Popular para la Comunicación e Información des Präsidentenpalasts Miraflores. Morgen früh gibt es eine Pressekonferenz mit Hugo Chávez und dem Präsidenten Kubas, Raúl Castro. Sie sind akkreditiert.“ Das Pressebüro des Präsidenten ist für seine Spontaneität bekannt. Beim letzten Mal wurde ich zwei Stunden vor Beginn der Pressekonferenzen benachrichtigt. „Werden Sie zur Pressekonferenz erscheinen?“ Schlechtes Timing. Ich sitze mit Freunden und gepackten Koffern im Bus nach Santa Fé, einem Fischerdorf in Venezuela. Doch das Treffen zwischen Chávez und Castro ist politisch hochinteressant. Es ist Raúl Castros erste offizielle Auslandsreise seit er das Präsidentenamt von seinem großen Bruder Fidel übernommen hat. Im Vorfeld soll es Spannungen gegeben haben, weil Castro ursprünglich Brasilien als erstes Gastland anvisiert hatte. Doch er schwenkte um. An den engen Beziehungen Kubas und Venezuelas sollte kein Zweifel aufkommen. Und wie zum Beweis werden sich die beiden im Laufe der Pressekonferenz noch mehrmals umarmen. Die beiden Staatsoberhäupter brauchen sich. Chávez, weil die Unterstützung im Land schwindet und er seinen Vorzeigeverbündeten dem Volk als Freund präsentieren will. Und Kuba, der ökonomische Dauerpatient, wäre schon lange tot, wenn nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht Venezuela als neuer Geldgeber eingesprungen wäre. Venezuela ist der Tropf, an dem Kuba hängt und ohne den die röchelnde Karibikinsel nicht lebensfähig wäre. Mein geplanter Wochenendausflug muss abgebrochen werden, bevor er begonnen hat. Der Busfahrer lässt mich außerfahrplanmäßig aussteigen. Ich renne über die Autobahnspuren und nehme den nächsten Bus zurück nach Caracas.

Wie gewünscht stehe ich am nächsten Tag um 8 Uhr früh an der Kreuzung zum Präsidentenpalast Miraflores. Der Sitz des Präsidenten liegt zwar politisch und historisch bedeutsam zwischen dem Kongress, der Kathedrale und dem Pantheon Nacional. Wohnungspolitisch ist es allerdings ein sozialer Brennpunkt. Wenn der Präsident von der Ballustrade seines Fensters schaut, blickt er auf Wohnhäuser von denen der schmutzige Putz von der Wand bröckelt und die Wäsche zum Trocknen aus den Fenstern hängt. Der Gehweg zum Präsidentenpalast ist abgesperrt. Überwacht von einem Dutzend unter 20-Jährigen in Freizeitkleidung. Kaugummikauend lehnen sie sich über die Brüstung, überprüfen meinen Pass, ohne wirklich etwas damit anfangen zu können und schicken mich zum Militär am Eingangstor. Nach zweistündigem Vertrösten mit den anderen Journalisten werden wir nach Hause geschickt, um wenige Stunden später wiederzukehren und wieder zu

warten. Angekündigt war die Pressekonferenz für 10 Uhr morgens. Sie beginnt schließlich um 20 Uhr.

Blitzlichtgewitter. Gut gelaunt betreten die beiden Frontmänner der sozialistischen Revolution die Pressebühne. Der 77-jährige Kommunismusveteran Raúl Castro und das *enfant terrible* Lateinamerikas, Hugo Chávez. In dem holzvertäfelten Pressesaal sitze ich zwischen 100 geladenen Gästen und Pressevertretern auf einem der samtroten Stühle. Chávez und Castro haben einen Unterzeichnungsmarathon hinter sich: 173 Projekte im Wert von zwei Milliarden Dollar in den Bereichen Wirtschaft, Sport, Landwirtschaft, Gesundheit, Kultur, Tourismus und Bildung wurden abgesegnet. Als Dankeschön brachte Castro ein Foto aus seiner Jugendzeit mit. Gekonnt hält Chávez das Präsent in die Kameras und erklärt dem Publikum, was auf dem Schwarz-Weiß-Bild zu erkennen ist: Raúl, vor 50 Jahren, zu Beginn der kubanischen Revolution vor den Flaggen Kubas und Venezuelas stehend. „Bist das auch wirklich Du unter dem Sombrero?“ frotzelt Chávez und fährt fort: „Das ist ein Stück Geschichte von einem Mann, der Geschichte schrieb. Danke, Herr Presidente, Comandante, General, oder wie möchtest Du eigentlich genannt werden?“ Castro sieht zu dem neben ihm stehenden Chávez auf und sagt mit einem Schulterzucken: „Na Raúl.“ Lachen im Saal. „Du weißt, Fidel ist mein Vater. Mein politischer Vater“, sagt Chávez, „Also bist Du mein Onkel.“ Später wird er ihm die höchste Auszeichnung des Landes, den Orden del Libertador, verleihen. Castro listet kurz und prägnant die wichtigsten Erfolge der bisherigen kubanisch-venezolanischen Beziehung unter Chávez auf: Die erfolgreiche Bekämpfung des Analphabetentums, die kostenlose Gesundheitsversorgung für alle und die medizinische Behandlung Schwerstkranker. Chávez dagegen schlägt einen Bogen von der Gründungsgeschichte Venezuelas zur heutigen Notwendigkeit zum Sozialismus, zitiert aus Geschichtsbüchern und 200 Jahre alten Briefen.

Dennoch hält sich Chávez in seiner Rede mit 45 Minuten überraschend kurz. Ganztagsreden wie in seinem Rechenschaftsbericht im Januar 2009 sind nichts Ungewöhnliches. Sieben Stunden hielt er vor der Nationalversammlung einen Monolog zur Lage der Nation. Der Präsident redet gern, oft und viel. Fast täglich werden seine Ansprachen, die so genannten *Cadenas*, auf allen Antennenprogrammen übertragen – zwangsweise. Zuschauer müssen jeden Moment damit rechnen, dass ihre Telenovela, das Baseballspiel oder der Spielfilm für den Präsidenten unterbrochen werden. Im ganzen Land ist dann zeitgleich die Stimme des Präsidenten zu hören. Beim Kioskbesitzer, der nebenher fernsieht, im Lokalradio im Stadtbus und an der Bar im Fernseher über dem Tresen. Die Bedeutung dieser Ansprachen schwankt. Mal gibt der Präsident spontan bekannt einen Minister zu entlassen, eine Firma schließen zu lassen, einen Botschafter des Landes zu ver-

weisen oder ein neues Gesetz zu erlassen und bettet diese Information in detaillierte Ausführungen über seine Kindheit („Ich habe Murmeln gespielt auf der Straße. Und ich war richtig gut! Herr Minister, haben Sie früher auch mit Murmeln gespielt?“) oder seine körperliche Befindlichkeit („Gestern tat mir mein Backenzahn weh. Hier, ganz hinten.“). Wenn Chávez spricht, dann ist es eine Mischung aus politischer Agitation, Büttenrede und Geschichtsstunde. Seit neuestem hat der 54-Jährige auch seine eigene Zeitungskolumne, „Chávez‘ Zeilen“, die dreimal pro Woche in Regierungszeitungen erscheint. Doch sein Charisma und Redetalent kommen vor allem in seiner sonntäglichen Fernsehsendung „Aló Presidente“ (Hallo Präsident) zur Geltung. Dann erklärt er dem Publikum im Saal die neuesten politischen Projekte, fährt mit dem Fahrrad durch das Sendestudio, kommentiert das letzte Baseballspiel oder beschimpft die amerikanische Oligarchie. 1999, drei Monate nachdem er die Präsidentschaft übernahm, wurde die erste Sendung ausgestrahlt. Seitdem erzählt der zweifach geschiedene Chávez von seinem Liebesleben, gibt Abnehmtipps und beklagt dabei seine eigenen zugelegten Pfunde. Einmal brachte der Fallschirmspringer seine alte Personalakte von der Militäarakademie mit. „Goofy“ war demnach sein Spitzname und er hatte ein „Disziplinproblem“. „Schau, hier hatte ich noch einen Afrolook“, lacht Chávez und zeigt auf ein Foto, das ihn als 16-jährigen Offiziersanwärter zeigt. Der Präsident gibt sich gläsern und spontan. Seine Regierungsminister müssen in jeder Live-Sendung damit rechnen Rede- und Antwort zu stehen: „Los, sagen Sie, was wir bei unserem letzten Telefonat besprochen haben. Hier gibt es keine Geheimnisse.“ Am zweiten März 2008 erteilte er sogar militärische Befehle live im Fernsehen. Ein General wurde angewiesen, Truppen an die Grenze zu Kolumbien zu entsenden, nachdem Kolumbien Bomben auf ecuadorianisches Gebiet warf und einer der führenden Köpfe der kolumbianischen Guerilla FARC, Raúl Reyes, ums Leben kam. Die Show beginnt jeden Sonntag um 11 Uhr und hat kein offizielles Ende. Sie läuft solange, bis Chávez bereit ist aufzuhören. Angeblich dauerte die längste Sendung acht Stunden. Von fünfständigen Shows gab es schon einige. Seine Anhänger verzeihen es ihm. Genauso wie seine politische Inkorrektheit und seine Wutausbrüche, in denen er auf den Tisch haut, politische Gegner als Esel bezeichnet und kurz danach von venezolanischer Volksküche schwärmt und sich den Bauch reibt. Auch diesmal witzelt er, wieviel Zeit er denn laut Protokoll habe, wohlwissend, dass er sich noch nie daran gehalten hat.

Vor einer Woche bekam Chávez Besuch von Ingrid Betancourt. Die ehemalige kolumbianische Präsidentschaftskandidatin war im Juli 2008 aus ihrer Gefangenschaft befreit worden. Sechs Jahre war sie in den Händen der kolumbianischen Guerilla „Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens“

(FARC). Nun setzt sie sich für die Befreiung der restlichen 700 Geiseln ein. Venezuela ist die letzte Station der Franko-Kolumbianerin in Südamerika und eine der bedeutendsten. Chávez hatte im Januar 2008 die Freilassung von sechs Geiseln erreicht, unter ihnen Betancourts ehemalige Wahlkampfmanagerin Clara Rojas. Die Befreiung war einer der größten außenpolitischen Erfolge von Hugo Chávez. Die Bilder, in denen sich Chávez und Roja nach der Befreiung in den Armen liegen, gingen um die Welt. Doch der kolumbianische Präsident Álvaro Uribe, dessen Vater von der linksgerichteten FARC ermordet wurde, wirft Chávez vor, die Guerilla zu unterstützen. Das venezolanisch-kolumbianische Verhältnis hat sich seitdem nachhaltig verschlechtert. Chávez und Betancourt setzen bei der FARC weiterhin auf eine Verhandlungslösung. „Die Stimme von Präsident Chávez war diejenige, die uns auch in den schrecklichsten Stunden der Gefangenschaft Hoffnung gab“, sagte Betancourt auf den Stufen des Präsidentenpalastes im Hof von Miraflores: „Sie erlaubte uns ein Licht am Ende des Tunnels zu sehen und daran zu glauben, dass wir bald befreit werden könnten“. In Chávez habe sie einen Bruder gefunden, der für den Frieden in Kolumbien kämpft, erklärte Betancourt im cremefarbenen Hosenanzug nach dem zweistündigen Treffen mit Präsident Chávez und Außenminister Maduro. Sie will versöhnen, nicht spalten. Und so spricht sie von Hoffnung, Glaube und Liebe, bis ihr die Stimme bricht und sie mit den Tränen kämpft. Sie nestelt an den Fransen des beigefarbenen Schals um ihren Hals. Ein Geschenk des bolivianischen Präsidenten Evo Morales. Sie holt Luft, um mit ruhiger Stimme ihre Botschaft zu überbringen: „Wir gehören zusammen. Die Probleme eines südamerikanischen Landes können nicht allein gelöst werden. Sondern nur gemeinsam.“ Ingrid Betancourt blickt auf den Pulk aus Fotografen und Kameramännern und dahinter auf die Skyline von Caracas. Hochhäuser im Tal und das Gebirge dahinter, bewachsen von barrios, den Ghettos von Caracas. Millionen winziger Backsteinhäuschen und ranchos, Hütten, die aus Abfall zusammengesammelt sind und beim nächsten Regen den Hang hinuntergespült werden. In einem dieser barrios sitzt José Martínez mit geschwollener Hand im Wartezimmer eines consultorios, einer Krankenstation.

4. Suche Ärzte, biete Öl – Chávez größter innenpolitischer Erfolg

Die Ärztin, die ihn gleich ins Sprechzimmer rufen wird, trägt einen weißen Kittel auf dessen Brusttasche der Name des Sozialprojekts gestickt ist: Barrio adentro. Auf Deutsch: Im Viertel. Wobei mit Viertel das Armenviertel gemeint ist. Die frisch getünchten Wände, das saubere Ärztebesteck und die ordentlich sortierten Krankenakten lassen nicht darauf schließen, dass sich

in den Straßen Müllhaufen stapeln, die vor Ratten und streunenden Hunden wimmeln. Die wöchentlichen Morde sind so üblich, dass sie den Zeitungen nicht mehr als einen Einspalter wert sind. Die Gegend war schon immer verrufen. Doch mit dem Amtsantritt von Hugo Chávez hat sich einiges verändert: Bedürftige müssen sich nicht länger aus Geldmangel mit ihren Krankheiten abfinden. Innerhalb von vier Jahren hat die Regierung in den Slumvierteln Venezuelas die kostenlose Gesundheitsversorgung Barrio adentro aufgebaut. Mit der Verfassungsreform von 1999 wurde mit Artikel 83 eine für alle bezahlbare medizinische Versorgung als Menschenrecht festgeschrieben. Die in den Jahrzehnten zuvor gewachsene Privatisierungswelle im Gesundheitswesen wurde damit gestoppt. Zwischen 1980 und Ende 1990 wurden nur 50 neue öffentliche Gesundheitszentren eröffnet, aber 400 private Kliniken. In der gleichen Zeit sanken die staatlichen Ausgaben im Gesundheitswesen von 13,3 Prozent im Jahre 1970 auf 7,89 Prozent im Jahr 1996 – nur 1,73 Prozent von Venezuelas Bruttoinlandsprodukt. Die Weltgesundheitsorganisation beklagte damals, dass der unter Armut leidende Teil der Bevölkerung – und damit die Mehrheit – kaum Zugang zu Arzneien habe, da fast alle Medikamente von privaten Apotheken vertrieben wurden. Mit Barrio adentro wurden Tausende kostenloser Gesundheitszentren aufgebaut. „Früher kostete jeder Arztbesuch ein Vermögen“, sagt der 34-jährige Bauarbeiter José Martínez: „Und Gegenden wie diese hatten meistens überhaupt keine Ärzte, weil sie in den reichen Gegenden mehr verdienen konnten“. Die Tür zum Sprechzimmer geht auf, er wird hereingebeten. Die Ärztin ist Kubanerin und das ist kein Zufall. Sie ist eine von 30.000 kubanischen Ärzten, die in venezolanischen Armenvierteln die Gesundheitsversorgung sicherstellen. Im Gegenzug liefert Venezuela hochsubventioniertes Öl an Kuba. Venezuela verknüpft seine Sozialprogramme im Inneren mit Entwicklungshilfe im Ausland. So liefert Kuba an Venezuela neben Ärzten auch Landwirtschaftsingenieure, Lehrer und Nationaltrainer – vor allem für den in beiden Ländern beliebten Nationalsport Baseball – und Sicherheitspersonal für öffentliche Gebäude und Personenschutz. Die Entwicklungspolitik Venezuelas kommt somit dem Strukturwandel im Inneren zugute.

UNICEF und der lateinamerikanische Zweig der Weltgesundheitsorganisation loben das Projekt Barrio adentro als vorbildlich. Im eigenen Land gab es jedoch von Anfang an Widerstand. Vor allem die Federación Médica Venezuelas, die größte Ärztevereinigung in Venezuela, protestiert gegen die günstige Konkurrenz aus Kuba. Zuerst klagte die Ärztevereinigung über die angeblich unzureichende Approbation und die Arbeitsweise der Kubaner, dann behauptete sie, dass seit Einführung von Barrio adentro die Rate von werdenden Müttern, die an Gelbfieber und Malaria sterben, gestiegen sei. Venezolanische Gerichte konnten weder eine unzureichende Approba-

tion noch eine fragwürdige Arbeitsweise der kubanischen Ärzte feststellen und wiesen die Klage der Federación Médica Venezuelas zurück. Stattdessen stellen internationale Gesundheitsorganisationen eine Verbesserung des Gesundheitssystems fest. Laut Weltgesundheitsorganisation sank die Kindersterblichkeit in Venezuela seit der Einführung des Programms von 21,4 auf 13,9 pro 1.000 Lebendgeburten. Während meiner Recherche in Venezuela lautete ein weitverbreiteter Vorwurf, dass viele Krankenstationen ohnehin potemkische Dörfer seien, entweder unterversorgt oder verwaist. Die von mir spontan besuchten Stationen waren jedoch alles bescheidene, aber praktikable zweistöckige Backsteinhäuschen. Alle Module waren technisch für eine medizinische Grundversorgung ausgerüstet, mit einem kubanischen Arzt und einer venezolanischen Verwaltung. Jede Station hatte rund drei wartende Patienten, die zügig versorgt wurden. Alle versicherten mir, dass sie bei Barrio adentro immer sehr gut behandelt wurden. Auch José ist zufrieden. Mit Verband um den Finger und Rezept in der Hand kommt er aus dem Sprechzimmer. Überhaupt habe er nur gute Erfahrung mit den kubanischen Ärzten von Barrio adentro gemacht. Einmal sei durch den Dreck auf der Baustelle sein Auge geschwollen. In Barrio adentro wurde eine schwere Entzündung diagnostiziert. Er wurde nach Kuba in eine Spezialklinik geflogen und operiert. Die teure Operation wurde vollständig bezahlt, dank eines anderen Sozialprojekts: Misión milagro. Ein staatliches Programm, das mit Hilfe kubanischer Ärzte aufwändige Augenoperationen kostenlos durchführt. José Martínez' Operation war eine von jährlich 60.000. „Ich weiß gar nicht, wieviel mich diese Operation früher gekostet hätte. Aber es wäre auf jeden Fall zuviel gewesen. Dann wäre ich jetzt wohl blind.“ Die vom Staat finanzierte Gesundheitsversorgung lässt die Pharmaindustrie im Land sprießen. Deutsche Firmen wie Bayer, Merck und BASF haben das Marktpotential erkannt. Aber auch der Schweizer Arzneimittelkonzern Roche, der unter Experten als zukünftiger Weltmarktführer gehandelt wird, hat hier eine Niederlassung. Als ich den Direktor von Roche auf das venezolanische Gesundheitssystem anspreche sagt er: „Wenn Sie hier an einer schweren Krankheit leiden, sagen wir Krebs, dann bekommen Sie eine bessere Behandlung als in Deutschland. Chávez macht soviel Mist, aber die Versorgung Schwerstkranker ist sensationell. Aber das weiß in Deutschland kein Mensch.“

Misión Barrio adentro ist nur eines von unzähligen Sozialprogrammen in Venezuela. Seit dem Wahlsieg von Hugo Chávez 1998 zum Präsidenten Venezuelas begann eine Welle von radikalen wirtschaftlichen und politischen Reformprogrammen, den so genannten Misiones. Jedoch nicht wie in Europa über Kürzungen im sozialen Bereich, sondern – im Gegenteil – über eine Steigerung der Staatsausgaben und über massive Investitionen in Bildungs- und Gesundheitsprogramme. Mit den staatlichen Sozialprogrammen wurde

die Gesundheits-, die Bildungs- und die Antiarmutspolitik drastisch reformiert. Diese Programme werden weitgehend außerhalb des Staatshaushaltes unter Einsatz von Sondererträgen aus der Erdölwirtschaft finanziert. Mit der direkten Finanzierung wird auch der passive Widerstand in den Ministerien und sonstigen Behörden umgangen, die vor allem in den Anfangsjahren noch von den Anhängern der alten Regierung besetzt waren. Außerhalb der herkömmlichen Wege sollen schnelle Resultate erreicht werden. Das deutsche Außenministerium hält sich mit Lob zurück. Auf meine Nachfrage hin heißt es, der volkswirtschaftliche Wert dieser Programme sei „schwer messbar, politisch sind sie jedoch zweifellos ein Erfolg für Präsident Chávez.“

Die Nachteile der Hau-Ruck-Politik zeigen sich auch am Beispiel der medizinischen Programme. Aus den geplanten Übergangslösungen wurden Dauereinrichtungen. So war ursprünglich beabsichtigt, das Ärzte-für-Öl-Programm bis 2008 auslaufen zu lassen und kubanische Ärzte durch venezolanische schrittweise zu ersetzen. Nachdem für Venezolaner jedoch kaum Anreize geschaffen wurden in Armenvierteln zu arbeiten, folgte eine Abwanderung venezolanischer Ärzte nach Spanien und eine Fortsetzung des kubanischen Ärzteprogramms. Die medizinischen Programme von Hugo Chávez brachten zwar für die Bedürftigen im Land – und das ist die Mehrheit – schnelle und sichtbare Erfolge, allerdings ohne ein Gesamtkonzept für das Gesundheitswesen. So werden die neu eingeführten Projekte direkt durch die Öleinnahmen Venezuelas bezahlt – zusätzlich zum regulären Budget des Gesundheitsministeriums. Damit wurde eine Parallelstruktur zum öffentlichen Gesundheitssektor aufgebaut, der wiederum vernachlässigt wurde.

4.1 Essen für alle – Misión Mercal

Nicht weit von der Krankenstation, in der José Martínez seinen Finger untersuchen ließ, steht ein weiteres soziales Projekt: Misión Mercal. Ein kleiner Laden mit typisch südamerikanischen Grundnahrungsmitteln: Reis, Kochbananen, Canola-Öl, Tomaten, Maismehl, Weißbrot. Alles hoch subventioniert. Ein Kilo Reis kostet einen Bolívar (entspricht 0,30 Euro), ein Kilo Zucker 0,79 Bolívar. Im Geschäft kostet beides dreimal soviel. Misión Mercal liefert Grundnahrungsmittel für 15 Millionen Menschen – von insgesamt 27 Millionen Einwohnern. Auch hier treffen Anti-Armutspolitik und Tauschgeschäfte mit Entwicklungs- und Schwellenländern aufeinander. Im Angebot sind Sojabohnen aus Bolivien oder Mais aus Argentinien. Venezuela liefert im Gegenzug verbilligtes Öl. Mercal-Märkte sind vor allem für ländliche Gebiete eine elementare Verbesserung der Lebensverhältnisse.

Täglich ruckeln klapprige Pick-up-Trucks, beladen mit frischen Lebensmitteln, in die entlegendsten Winkel des Landes: in die schneebedeckten Gipfel der Anden, den karibischen Küstenstreifen, die wildtierreiche Savanne und die Sumpfbereiche im Orinoco-Delta. Vor allem die 150.000 Menschen, die unter extremer Armut leben, können dadurch täglich mit gesunden Lebensmitteln versorgt werden. Für sie gibt es zusätzlich die Misión Casa de la Alimentación, eine kostenlose Essensausgabe. Bei der Durchführung der Misiones wird Wert auf die Beteiligung der betroffenen Menschen gelegt. Das tägliche warme Essen wird daher von Frauen aus der Gemeinde zubereitet, für Familien, die kein fließendes Wasser, aber zehn Kinder haben.

4.2 Bildung für alle – Misión Robinson

Ein weiteres Erfolgsprojekt ist die Bekämpfung des Analphabetentums durch Misión Robinson. Nach Angaben der Regierung sind inzwischen weniger als vier Prozent der Bevölkerung Analphabeten, demnach sei gemäß den UNESCO-Kriterien der Analphabetismus in Venezuela praktisch beseitigt. Die UNESCO hat dies zwar so nicht bestätigt, aber 2005 wurde Präsident Chávez der internationale José-Martí-Preis verliehen, für den Fortschritt im Kampf gegen den Analphabetismus. Das Bildungsprogramm wurde noch ausgebaut durch Misión Ribas, in der Schulabbrecher eine Kurzversion des Abiturs nachholen können und Misión Sucre, Hochschulen, an denen im Gegensatz zur nationalen Universität alle Interessenten mit Sekundarschulabschluss studieren können. Kritiker werfen den Programmen vor, dass sie das Bildungsniveau im Land senken und an Transparenz, Ineffizienz und Korruption leiden. „Keiner weiß, wie viele Leute tatsächlich an den Kursen teilnehmen und wie viele das Abitur machen“, sagt Friedrich Welsch, Politikprofessor an der Universität Simón Bolívar in Caracas. Aber vor allem die starke politische Ausrichtung zieht den Vorwurf nach sich, keine neutrale Bildungspolitik zu betreiben, sondern Nachwuchs-Chavista heranzuzüchten. Tatsächlich finden sich viele Studenten der Misión Sucre auch in der Partei von Hugo Chávez wieder. Eines ihrer Hauptargumente den Präsidenten zu unterstützen, ist der fraglos gestiegene Lebensstandard der bedürftigen Bevölkerung.

4.3 Wohlstand für alle

Auch wenn emigrierte Venezolaner Stein und Bein darauf schwören, dass das venezolanische Volk unter Hugo Chávez leidet, internationale Studien

belegen das Gegenteil. Einer der breitesten Indikatoren für den Lebensstandard eines Landes ist der Human Development Index der Vereinten Nationen (UNDP). Darin wird nicht nur das Bruttoinlandsprodukt bewertet, sondern auch das Bildungs- und Gesundheitssystem berücksichtigt. Demnach konnte sich Venezuela in den letzten zehn Jahren kontinuierlich verbessern und liegt inzwischen auf dem 61. Platz von 179 Staaten. Im lateinamerikanischen Vergleich ist Venezuela damit auf Platz 13 von 33 Ländern, noch vor Brasilien, Peru und Ecuador. Hauptgrund sind die Fortschritte bei der Bekämpfung der extremen Armut. Diese sank nach Angaben des staatlichen Statistikinstituts INE (Instituto Nacional de Estadística de Venezuela) innerhalb der letzten zehn Jahre um mehr als die Hälfte von 24 auf 9,2 Prozent. Venezolaner, die mehrere Sprachen sprechen, die Welt bereisen und auf Hugo Chávez schimpfen, gehören dagegen meist der Mittel- und Oberschicht an. Sie mussten mit dem Sozialismus des 21. Jahrhunderts teils enorme Einbußen hinnehmen. Die Mehrheit der Bevölkerung repräsentieren sie allerdings nicht. Die Verschiebung des Reichtums führte auch zu einem geringeren Gini-Koeffizienten, der die soziale Ungleichheit in einem Land anzeigt. Mit einem Gini-Koeffizienten von 0,42 ist das Armutsgefälle in Venezuela eines der geringsten in Lateinamerika. Wobei der Kontinent nach wie vor die Weltregion mit den größten Einkommensunterschieden ist. Während die extreme Armut deutlich sinkt, gerät der Kampf gegen die „normale“ Armut dagegen ins Stocken. Laut deutschem Entwicklungshilfeministerium ist es Venezuela, im Gegensatz zu Chile, Panama und Ecuador, nicht gelungen, sowohl die „extreme“, als auch die „normale“ Armut deutlich zu bekämpfen. Dass in Venezuela viele von der „extremen“ in die „normale“ Armut kamen, zeigt das zweischneidige Resümee der Arbeitslosenstatistik.

Die registrierte Arbeitslosigkeit sank laut Regierungsaussagen im Jahr 2008 auf ein historisches Tief von 6,8 Prozent. Von den Beschäftigten stehen allerdings nur ca. 55 Prozent in einem regulären Arbeitsverhältnis, während die übrigen im so genannten informellen Sektor tätig sind. Kioskbesitzer oder fliegende Händler, die an Tankstellen Zahnbürsten oder auf Campingstühlen sitzend, Handtaschen, geschälte Mangos oder DVDs feilbieten. Kaum ein Venezolaner verirrt sich in eine der wenigen Videotheken, wenn er für umgerechnet drei Euro den neuesten James Bond Film in hervorragender Qualität als Raubkopie um die Ecke kaufen kann. Selbst Filme, die gerade erst in den Kinos angelaufen sind stehen zur Auswahl. Dann aber in schlechterer Qualität, weil sie mit einer Videokamera im Kinosaal heimlich abgefilmt wurden. Manche Händler haben ihren Stand offiziell angemeldet. Andere breiten nach Sonnenuntergang ihre Decken mit billigem Modeschmuck auf den Fußgängersteigen der Altstadt aus. Wenn die Polizei in der Nähe ist, werden in Sekundenschnelle die Decken mit der feilgebote-

nen Ware eingepackt. Wenige Minuten später, sobald Entwarnung gegeben wurde, werden sie wieder ausgebreitet. Eine nachhaltige Anti-Armutspolitik sieht anders aus. Doch die Bedürftigen danken es Chávez trotzdem, schließlich tat er weit mehr für sie als seine Vorgänger.

5. Reich an Problemen

5.1 Der ständige Mangel

Diskussion an der Supermarktkasse: „Nein, nein, nein. Sie dürfen nur ein Kilo Kaffee kaufen.“ sagt die Kassiererin. Seit heute ist im ganzen Land der Kaffeeverkauf auf ein Kilo pro Person limitiert. Es herrscht Kaffeeknappheit und die Regierung will Hamsterkäufen vorbeugen. Nichts Neues in Venezuela. Die Mangelwirtschaft ist einer der Nachteile des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Letztes Jahr gab es im ganzen Land keine Milch mehr. Das Jahr zuvor mal wieder keinen Zucker. Der bevorstehende Kaffeemangel hatte sich schon in Zeitungsmeldungen angekündigt. Spätestens als der Innenminister vor wenigen Tagen grundlos verkündete, dass es bis zum Ende des Jahres an keiner Ware fehlen werde, war allen klar, dass sich jeder so schnell wie möglich bevorraten sollte. Als der Minister dann noch hinzufügte, dass, „falls es doch einen Mangel geben sollte, es nicht die Schuld der Warenpolitik der Regierung sei, sondern von ausländischen Spekulanten“, hieß die Botschaft: Renn und kauf! Die ältere Dame an der Supermarktkasse besteht weiter auf der zweiten Kaffeepackung. „Pro Person ein Kilo“, wiederholt sie die Anordnung, „und wir sind doch zu zweit.“ Und zeigt auf ihren Enkel, den sie vorsorglich mitgebracht hat. Die Kassiererin verdreht die Augen und verkauft die zweite Packung an den Alibi-Enkel.

5.2 Die galoppierende Inflation

„Damit, dass es immer mal ein Produkt nicht mehr zu kaufen gibt, kann ich ja noch leben“, sagt die ältere Dame später, „Aber die Inflation! Ich kaufe immer weniger, und zahle immer mehr.“ Venezuela hat die mit Abstand höchste Inflationsrate Lateinamerikas. Nach Auskunft der Banco Central de Venezuela betrug 2008 die Gesamtinflation 30,9 Prozent. Zum Vergleich: Im gleichen Jahr hatte Deutschland eine Inflationsrate von drei Prozent – die höchste seit 14 Jahren. In Lateinamerika folgt nach großem Abstand an zweiter Stelle Costa Rica mit 16,3 Prozent. Besonders betroffen in Venezuela waren Lebensmittel mit einem Inflationsanstieg von 46,7 Prozent. Wäh-

rend meiner dreimonatigen Recherche begann ich mich an Milchpulver zu gewöhnen, nachdem der Preis für H-Milch von anfangs 90 Cent auf 1,30 Euro stieg. Die Inflationsrate ist nicht nur die höchste in Lateinamerika, sondern auch eine der weltweit am steilsten ansteigende. Seit Februar 1998, dem Amtsantritt von Hugo Chávez, stieg sie um ganze 748,2 Prozent. Auch wenn Inflation in Venezuela bereits eine gewisse Tradition hat, so überrascht die Naivität, mit der die Regierung damit umgeht. Das markanteste Beispiel: Um die Inflation zu bekämpfen wurde 2007 eine neue Währung eingeführt: Der Bolívar fuerte, der starke Bolívar. Der einzige Unterschied zur Vorgängervährung bestand darin, dass drei Nullen auf den Scheinen weggestrichen wurden. Der positive Nutzen der neuen Währung auf die Inflationsrate blieb jedoch – welche Überraschung – vollkommen aus. Die regelmäßig zum Jahresbeginn bekannt gegebenen Zahlen zur Inflationsrate stoßen in der Regierung traditionell auf realitätsfernen Optimismus. Statt 30,9 Prozent ging die Regierung von einer Inflationsrate unter 20 Prozent aus. Auch für 2009 prognostiziert sie eine Inflationsrate von lediglich 15 Prozent. Wirtschaftsexperten nehmen solche Prognosen wie jedes Jahr kopfschüttelnd zur Kenntnis. Sie rechnen mit einer Rate von mehr als 33 Prozent, falls die Regierung keine Gegenmaßnahmen unternimmt. Aber danach sieht es nicht aus. Im Gegenteil. Um die weltweite Finanzkrise abzupolstern, hat Chávez 12 Milliarden US-Dollar von der staatlichen Banco Central de Venezuela für öffentliche Projekte angefordert. Damit sanken die internationalen Währungsreserven des Landes schlagartig um fast 30 Prozent auf 29,5 Milliarden Dollar. Mit den 12 Milliarden US-Dollar, die der Staat zusätzlich ins Land wirft, wird die Inflation ab 2009 mit Sicherheit weiter angeheizt.

5.3 Die ungebremste Kauflust

Umso überraschender, dass die enorme Inflation die Kauflust der Venezolaner noch nicht bremsen konnte. Shopping-Malls sind so beliebt in Caracas, dass sie von Einheimischen gerne stolz als Sehenswürdigkeit herangezogen werden. Sie sind fast immer voll, von Jahr zu Jahr werden es mehr. Während meiner Recherche entstand gerade die Aeromall auf dem Reißbrett. Wenn sie wie geplant Ende 2009 fertig gestellt wird, wäre sie mit 150.000 qm² das größte Shoppingcenter Lateinamerikas. Vier Shoppingcenter befanden sich bereits im Bau: Das Sambil in La Candelaria, das Millennium in Los Dos Caminos, das Líder in El Marqués und das Multiplaza in El Paraíso. Eines der größten davon, das Centro Comercial Sambil, erlitt ein typisch venezolanisches Schicksal. Ende 2008 sollte Eröffnung sein, eigentlich verliefen die Baumaßnahmen prächtig. Im Stadtteil La Candelaria, zwi-

schen den U-Bahnstationen El Colegio de Ingerios und Bellas Artes, sollten auf sechs Stockwerken laut Homepage der Shoppingmall 273 Geschäfte, Kinos, Restaurants, Ausstellungs- und Büroräume, sowie ein großer Saal für Veranstaltungen und Konferenzen eröffnen. Der Bau war kurz vor Weihnachten fast abgeschlossen. In wenigen Wochen hätte das wuchtige Sambil Shoppingcenter mit den leuchtend roten Backsteinen eröffnen sollen. Doch dann verkündete Hugo Chávez während seiner Fernsehshow „Aló Presidente“ die Enteignung. Die Übertragung war wie immer live. Wahrscheinlich trauten die Direktoren des Einkaufszentrums ihren Augen nicht, als der Präsident an seinem Pult sitzend über den fast schlüsselfertigen Bau schimpfte. „Im Stadtteil La Candelaria herrscht jetzt schon Verkehrschaos und hier soll ein Einkaufszentrum entstehen? Nein, nein und nochmals nein!“ sagt er in seinem olivgrünen Hemd unter dem ein rotes T-Shirt hervorblitzt. Dabei klopft er auf den Tisch, auf dem Aktenordner und Dokumentenmappen liegen. Der Zuschauer fühlt sich dem politischen Entscheidungsprozess so nah wie nie. Das Publikum klatscht begeistert. Die meisten tragen ein rotes T-Shirt der Chávez-Partei PSUV. Unter ihnen ist auch Jorge Rodríguez, der Bürgermeister des Stadtteils. „Wie konnte dieses Einkaufszentrum überhaupt genehmigt werden?“ fragt Chávez, ohne vom Bürgermeister, Mitglied seiner Partei, die entscheidende Antwort zu verlangen. Stattdessen ordnet er an, das Gebäude zu verstaatlichen und eine „Schule daraus zu machen, oder ein Krankenhaus, oder irgend so etwas.“ Das Publikum klatscht begeistert. Einige stehen applaudierend auf oder winken dem Präsidenten mit roten Fähnchen zu. Jeder, der die Verkehrsverhältnisse in den Straßen um das Einkaufszentrum kennt, weiß, dass Chávez absolut Recht hat. Der ohnehin überlastete Verkehr würde mit dem neuen Einkaufszentrum kollabieren. Auch der Architekt des Einkaufszentrums Gaspar Arancibia sieht das so. „Aber warum wird die Entscheidung erst jetzt getroffen? Der Umbau wird ein Vermögen kosten.“ Und noch etwas irritiert ihn: „Warum trifft der Präsident eine Entscheidung auf kommunaler Ebene? Wenn alles nur vom Präsidenten abhängt, müssten wir mit tausend lokalen Problemen zum Präsidenten gehen. Dafür gibt es doch die Stadtverwaltung.“

Die spontane Enteignung des Einkaufszentrum Sambil erklärt, warum trotz des Ölbooms in Caracas kaum Baukräne zu sehen sind. Private Bauherren wurden abgeschreckt, weil sie ständig damit rechnen müssen, dass ihre Gebäude oder Grundstücke von Staatsbeamten oder Chávez persönlich konfisziert werden. Neben der Ölindustrie wurden auch die Branchen Telekommunikation, Strom und die Zementindustrie verstaatlicht. Damit machte Chávez viele Privatisierungen seiner Vorgänger rückgängig. Obwohl die Empörung dieser Unternehmen in der Öffentlichkeit groß ist, erzählen mir Vertreter internationaler Handelsorganisationen, dass sie sich die Hände rei-

ben, wenn keiner hinsieht. Denn die venezolanische Regierung entschädigt schnell, unkompliziert und zahlt den aktuellen Marktwert. Damit verlassen die Unternehmen das Land mit vollen Taschen und lassen viele Probleme hinter sich. Denn seit der sozialistischen Revolution wurden unter anderem die Rechte der Arbeitnehmer massiv gestärkt, was dazu führt, dass die meisten Streiks so enden, dass die Arbeitnehmer ihren Willen durchsetzen. Hinzu kommt ein immer stärkerer Kündigungsschutz, Devisen- und Preiskontrollen und die Unberechenbarkeiten der Politik. Ständig neue Gesetze führen zu einer Behördenflut, die kaum zu bewältigen ist. Wenn die Steuerbehörde etwas finden will, dann wird sie etwas finden. So verbietet das „Gesetz gegen Spekulation“ die Hortung von Waren, die nicht innerhalb einer Woche verkauft werden könnte. Um die Lebensmittelknappheit zu bekämpfen besagt nun ein zweites Gesetz, dass Waren mindestens einen Monat gelagert werden müssen. Ein unlösbarer Zielkonflikt und typisches Problem für die Mittelklasse, die sich zunehmend enttäuscht von Chávez abwendet. Die Bewohner sozialer Brennpunkte kämpfen dagegen mit ihren eigenen Problemen.

5.4 Die wachsende Kriminalität

Je schlechter der Stadtteil, desto unberechenbarer der Verkehr und desto höher stapelt sich der Müll am Straßenrand. Ich wohne in einem dieser Bezirke im Stadtteil „23 de enero“. Die Wohnung liegt im sechsten Stock eines Hochhauses und aus dem Fenster sieht man noch mehr Hochhäuser. Dazwischen und an den Hängen des dahinter liegenden Ávila-Gebirgszuges stapeln sich die wild zusammengezimmerten Häuser der „Barrios“, der Ghettos. Die Hochhäuser wurden in den 50er Jahren gebaut, um die Armen von der Straße zu holen. Ein klassischer sozialer Brennpunkt. Das Duisburg-Marxloh von Caracas. Meine Nachbarin, eine 70-jährige rüstige Rentnerin, bringt den Müll runter. Was heissen will, sie trägt den vollen Plastiksack sechs Stockwerke nach unten in das Erdgeschoss und schmeißt ihn dann auf die Straße. Sie hätte ihn auch in die Mülltonne werfen können, aber die wird so unregelmässig geleert, wie die Straßen gesäubert werden. Warum sie den Müll auf die Straße wirft, frage ich. „Das mache ich immer so“, sagt sie.

Ihr Müllsack liegt jetzt an einer stark befahrenen Straße, auf der Ampeln und Zebrastreifen konsequent ignoriert werden. Aus wievielen Spuren eine Straße besteht und in welche Fahrtrichtung der Verkehr fließt, ist Auslegungssache. Besonders tückisch sind Mopeds und Motorroller, die sich durch jeden Stau schlängeln und auch mal über den Gehsteig fahren, damit es schneller geht. Für mich besteht der einzige Weg sicher über die Straße

zu kommen darin, mit den anderen Fußgängern mitzulaufen. D.h. ich warte solange am Straßenrand, bis jemand kommt, der ebenfalls über die Straße will. Dann laufe ich penetrant dicht neben diesem Fußgänger über die Straße, bis ich den sicheren Gehsteig erreicht habe. Unzählige Omas haben mir so schon das Leben gerettet. Auf den Straßen von Bezirken wie „23 de enero“ fehlt es nicht nur an einer durchgesetzten Straßenverkehrsordnung, sondern auch an Polizisten. Ich frage meine Nachbarin, wann sie zum letzten Mal eine Polizeistreife auf den Straßen vor ihrer Tür gesehen hat. Sie kratzt sich am Kopf. „Ich glaube, die waren noch nie hier. Das funktioniert hier anders. Hier gibt es die Tupac Amaru. Die kümmern sich darum, dass Verbrecher bestraft werden.“ Will heißen, eine Miliz, die Selbstjustiz betreibt und potentielle Mörder und Drogendealer erschießt. „Aber nur die wirklich schlimmen!“, das ist ihr wichtig zu betonen. „Tupac Amaru beschützen Leute wie uns,“ sagt die grauhaarige Frau.

Ihre Enkel bereiten sich derweil auf Silvester vor, indem sie Munition für ihre Pistolen horten. Denn wie fast alle Jugendlichen in „23 de enero“ werden auch sie am 31. Dezember auf den Straßen stehen und unter dem Feuerwerk der Stadt ihre Pistolen leer schießen. Der Lärm ist ohrenbetäubend. Silvester à la Caracas. Was sie den Rest des Jahres mit den Pistolen machen, können sie mir nicht erklären. Sicher ist jedoch, dass einige von ihnen damit ihr Geld verdienen. Nach UNO-Angaben hatte Venezuela im Jahr 2007 die weltweit höchste Rate an Verbrechen mit Schusswaffengebrauch. Oft gehen Kriminalität und das tägliche Verkehrschaos Hand in Hand. Dann schlängeln sich jugendliche Mopedfahrer durch die im Stau stehenden Autos, klopfen mit ihrer Pistole an die Fensterscheibe, kassieren den Geldbeutel und fahren weiter.

Besonders beliebt ist der *Secuestro Express*, eine Express-Entführung. „*Secuestro Express*“ heißt auch der berühmteste Film Venezuelas, er handelt von dieser hier sehr geläufigen Art des Kidnapping. Diebe nehmen den Überfallenen so lange als Geisel, bis mit der gestohlenen Kreditkarte das Konto abgeräumt ist. Dr. Kurt-Peter Schütt weiß, wie sich eine solche Entführung anfühlt. Seit fünf Jahren ist er Direktor der Friedrich-Ebert-Stiftung in Venezuela. Im Gegensatz zur Deutschen Botschaft beschäftigt die Ebert-Stiftung in Venezuela trotz Gefahrenlage weiterhin Praktikanten. Wurden die Praktikanten denn nie überfallen? „Doch, doch. Jeder unserer Praktikanten ist schon mal überfallen worden. Dabei dauerte das Praktikum nur drei Monate.“ Beim Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung begann alles im Auto. Er stand vor dem Zaun seines Hauses und wartete darauf, dass sich das automatische Eingangstor öffnet. In diesem Moment hielt ein Wagen neben ihm. Vier Männer, jung und unmaskiert, sprangen aus dem Auto und schlugen mit ihren Waffen gegen seine Fensterscheiben. „Wissen Sie wie das

klings, wenn Pistolen gegen Ihre Scheiben geschlagen werden? Wahrscheinlich nicht. Ich wusste es auch nicht. Das ist ein unglaublicher Lärm. Da steht man sofort unter Schock.“ Dann fuhren zwei der Männer mit seinem Wagen und seiner Kreditkarte zu einem Geldautomaten, während die anderen mit ihm quer durch die Stadt fuhren. Nach zweieinhalb Stunden kam das OK: Geld ist abgehoben. Dr. Schütt bekam Geld für ein Taxi und wurde freigelassen. „Und da hatte ich Glück. Bei anderen kommt es gleich zu Schießereien. Einfach so. Die schießen dann nur zum Spaß.“ Auf der Polizeistation wurde dann „gelangweilt“ seine Anzeige aufgenommen. „Die haben das mehrmals jeden Tag. Das interessiert die nicht wirklich.“

Kurz nach meinem Besuch in der Friedrich-Ebert-Stiftung wurden zwei deutsche Kinder auf dem Schulweg entführt. Der Erpressungsversuch scheiterte und die Kinder kamen wohlbehalten zurück. Doch Anlass genug für die Deutsche Botschaft und die deutsch – venezolanische Handelskammer eine Infoveranstaltung zum Thema Sicherheit in Caracas durchzuführen. Auch ich sitze im Veranstaltungssaal des Hotel Embassy Suite unter den 50 Gästen der deutschen Gemeinschaft. Vier BKA-Beamte sind als Redner gekommen. Zwei von ihnen sind Entführungsspezialisten und extra aus Deutschland angereist. Nach BKA-Statistik war die letzte Entführung von Deutschen in Venezuela vor zwei Jahren. Nach der neuesten Entführung der beiden Kinder haben sich die Beamten bei deutschen Unternehmen nach ähnlichen Erfahrungen erkundigt und dabei festgestellt, dass die meisten Überfälle anscheinend weder der venezolanischen Polizei noch der deutschen Botschaft gemeldet werden. „Allein bei einem Unternehmen wurden uns gleich vierzig ähnlich gelagerte Fälle mitgeteilt.“ Die anwesenden Gäste, deutsche Manager, Ingenieure, Lehrer, Pfarrer, Stiftungsmitarbeiter, können alle bestätigen, dass die Überfälle und Express-Entführungen zunehmen. Doch zumindest bleiben die Entführten meist körperlich unversehrt. Denn von der steigenden Mordrate ist vor allem die Unterschicht betroffen.

Jeden Montag wird in den Lokalzeitungen die wöchentliche Mordstatistik von Caracas veröffentlicht. 32 waren es laut der Ausgabe vom 17. November. Eine ruhige Woche. Im Schnitt sind es rund 40. Damit gilt Caracas als eine der gefährlichsten Städte Lateinamerikas. Die Zeitschrift Foreign Policy bezeichnet Caracas in ihrer Septemerausgabe 2008 gar als „Mordhauptstadt der Welt“. Auch wenn die „offizielle“ Statistik des Autors von 160 Morden pro 100.000 Einwohnern fragwürdig ist. Laut Kriminalitätsstatistik des Innenministeriums vom 12. Januar 2009 hatte der 3,2 Millionen-Moloch eine Mordrate von 68 pro 100.000 Einwohner. Aber selbst dann wäre die venezolanische Hauptstadt immer noch trauriger Spitzenreiter unter den weltweit gefährlichsten Städten, knapp vor New Orleans in den USA. Für Männer in Caracas im Alter von 15 bis 25 ist Mord inzwischen die häufigs-

te Todesursache. Zur hohen Kriminalität kommt die unzureichende Verbrechensbekämpfung. Die Aufklärungsquote bei einem Mord beträgt gerade einmal sieben Prozent. Die Wahrscheinlichkeit, einen Fahrraddieb in Köln zu erwischen, ist demnach höher als einen Mörder in Caracas.

Probleme wie Umweltverschmutzung, Verkehrschaos, Korruption, und Kriminalität sind für viele lateinamerikanische Länder typisch und teilweise noch stärker ausgeprägt. Doch sie unterscheiden sich von Venezuela in einem wesentlichen Punkt: Venezuela ist ein reiches Land. Das weiß auch die Bevölkerung, die gespalten ist in dem Wissen, in einem wohlhabenden Land zu leben, aber selbst unter schlechten Lebensbedingungen zu leiden hat.

6. Neues Selbstbewusstsein Südamerikas

6.1 Vom ehemaligen Schuldner zur Konkurrenz von IWF und Weltbank

Trotz der erheblichen Probleme im eigenen Land entwickelte sich Venezuela innerhalb weniger Jahre vom Schwellenland zu einem der bedeutendsten Entwicklungshelfer Südamerikas. Noch 1998 sagte die Bundesregierung vier Millionen Euro für Projekte der technischen Zusammenarbeit in den Bereichen Strafrechtsreform und Berufsbildung zu. Das waren die letzten Entwicklungshilfegelder, die Venezuela vom deutschen Staat erhielt. Seitdem hat sich Venezuela selbst zu einem bedeutenden Geber entwickelt. Mit venezolanischer Unterstützung konnte Ecuador seine fälligen Auslandsschulden bezahlen, während in Nicaragua, Kuba und Dominica vor allem die Infrastruktur ausgebaut wurde. Die traditionelle Rollenverteilung von westlichen reichen Ländern, die arme Länder im Süden unterstützen, gerät ins Wanken. Statt einer Hierarchie von Gebern und Nehmern unterstützen sich Staaten mit ähnlicher Kultur, Sprache und Kolonialgeschichte gegenseitig. 2007 wurde auf Initiative von Hugo Chávez die Banco del Sur gegründet. Die regionale Entwicklungsbank soll die Abhängigkeit von internationalen Kreditgebern beenden und eine Alternative zum Internationalen Währungsfonds (IWF) und zur Weltbank bieten. Noch im Jahr 2005 flossen 80 Prozent aller Kredite des IWF nach Lateinamerika. Dennoch sind Länder wie Argentinien Hand in Hand mit dem IWF in die Krise gegangen. Der Zahlungsausfall Argentiniens, der buchstäbliche Bankrott des IWF-Musterknaben im Jahr 2001, wurde zum Menetekel. Nun kamen auf dem Subkontinent nach und nach pragmatische Reformparteien und linke Populisten zum Zug, die sich vornahmen, die schlimmsten Auswirkungen der neoliberalen „Strukturanpassungspolitik“ zu korrigieren. Mit venezolanischer Hilfe konnten

Argentinien und Bolivien auf einen Schlag ihre Schulden beim IWF zurückzahlen, was den Internationalen Währungsfond politisch in eine Krise stürzte.

Venezuela ist nicht das einzige Schwellenland, das eine aktive Entwicklungspolitik für sich entdeckte. So unterstützt China vor allem afrikanische Länder. Diese Entwicklung beobachten der Internationale Währungsfond und die Weltbank außerordentlich kritisch, denn die neue Konkurrenz untergräbt die von IWF und Weltbank aufgestellten Bedingungen für Kredite. So macht China keinen Hehl daraus, auch Diktaturen zu unterstützen. Doch die Kritik scheint auch in der Angst vor dem eigenen Machtverlust begründet. Kein Akteur ist nur vom Altruismus getrieben. Die von IWF und Weltbank geforderten Liberalisierungs- und Privatisierungsmaßnahmen kommen vor allem wirtschaftlich starken Ländern zugute, da sie Zugang zu neuen Märkten erhalten. Dieser marktliberale „Washington Consensus“ war das vorherrschende Entwicklungsmodell seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Konferenz von Bretton Woods. Auch China verfolgt eine profitorientierte Entwicklungshilfe. Venezuela verfolgt dagegen vor allem politische Ziele. Hinter der spendablen Geberrolle verbirgt sich nicht weniger als der Traum von Simón Bolívar: Die Integration Südamerikas. Hugo Chávez will ihn verwirklichen.

6.2 Bolívars Traum

Falls sich die Begegnung zwischen Hugo Chávez und dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder wirklich so zugetragen haben sollte, so wäre sie ein Musterbeispiel für die Exzentrizität des venezolanischen Präsidenten und ein Lehrstück in Sachen kulturelle Identität Südamerikas: Die Pressekonferenz sollte beginnen und die Scheinwerfer waren auf die beiden Staatsmänner gerichtet. Gerhard Schröder bittet den Gast, Platz zu nehmen und rückt den Stuhl zurecht. „Nein“, erwidert Chávez mit erhobenem Zeigefinger, hier könne er nicht Platz nehmen. Dieser Stuhl sei reserviert für IHN, und zeigt auf das Ölgemälde hinter dem Stuhl: Ein Mann in Uniform aus dem 19. Jahrhundert, mit schmalem Gesicht, langen Kotletten und tiefer Denkerstirn, die durch das nach vorne gekämmte schwarze Haar kaum verdeckt wird. Die Überraschung war perfekt, noch bevor die Pressekonferenz begonnen hatte. Alle Blicke waren auf den ernst blickenden Offizier auf dem Gemälde gerichtet: Simón Bolívar. In Venezuela wird er liebevoll „Libertador“ genannt, der Befreier. Er brachte dem gesamten Nordwesten Südamerikas die Unabhängigkeit. Anfang des 19. Jahrhunderts befreite er

die heutigen Länder Venezuela, Kolumbien, Panamá, Ecuador, Peru und Bolivien von den spanischen Kolonialherren.

Das weltberühmte Jugendorchester Orquesta Sinfónica Simón Bolívar ist nach ihm benannt, genauso wie der größte Flughafen und der höchste Berg des Landes, sowie der Bundesstaat in dem sich Salto Ángel befindet, der mit fast 1.000 Metern größte Wasserfall der Welt. Die wichtigsten Straßen, Plätze, Schulen und Parks in jeder Stadt und jedem Dorf tragen seinen Namen, meist gekrönt von seiner Büste oder Skulptur. Die Währung in Venezuela heißt Bolívar und der 24. Juli, Simón Bolívars Geburtstag, ist Nationalfeiertag. Kaum eine Rede, in der Chávez nicht Bezug nimmt auf den Befreier und kaum ein Staatsakt, der nicht vom Konterfei des Libertador geschmückt wird. Hugo Chávez sorgte dafür, dass das Land selbst nach dem Libertador benannt wurde. Nun heißt Venezuela offiziell: República Bolivariana de Venezuela. Die Umbenennung des Landes hatte auch einen Neudruck der Währung, aller Ausweise, Pässe und Staatswappen zur Folge. Hugo Chávez mag das Volk spalten, doch in ihrer Verehrung für Simón Bolívar sind sich die Venezolaner einig. Der Präsident nutzt diese Popularität, indem er sich als Fortsetzer der Politik Bolívars erklärt und den Kult um den Libertador noch verstärkt. Manche sagen, er sieht sich als Wiedergeburt des Freiheitskämpfers.

6.3 Der Euro Südamerikas

Rund 200 Jahre nach dem Tod Bolívars will Chávez vollenden, was der Libertador begann: Die Vereinigung Südamerikas. Vorangetrieben und finanziert wird dieses ehrgeizige Projekt dabei hauptsächlich von Venezuela. Ursprung der Integration sind Energieabkommen, wie es bei der Europäischen Union zunächst auch der Fall war. Darunter Petrosur und Petrocaribe, Abkommen für venezolanische Erdöllieferungen zum Vorzugspreis an Karibikstaaten und Südamerika. Um die Integration Südamerikas zu betonen, schied Venezuela aus der Andengemeinschaft aus, die sich seither in einer schwierigen Phase der Umorientierung befindet. Besonders erfolgreich war bislang die lateinamerikanische Wirtschaftsgemeinschaft ALBA (Alternativa Bolivariana para los pueblos de Nuestra América, Bolivarianische Allianz für Amerika), eine Alternative zur US-amerikanischen Freihandelszone ALCA (englisch: Free Trade Area of the Americas (FTAA); spanisch: Área de Libre Comercio de las Américas). Heute, in Zeiten der internationalen Finanzkrise, sind viele Südamerikaner froh, dass Hugo Chávez kurz vor Unterzeichnung einer gemeinsamen US-Freihandelszone in Südamerika das Ruder herumgerissen und mit ALBA eine Alternative aus dem Ärmel gezaubert hat.

Während meiner Recherche fand in Caracas ein außerordentliches ALBA-Gipfeltreffen statt, um Wege aus der internationalen Finanzkrise zu finden. Die Lösung sahen die Präsidenten von Venezuela, Bolivien, Ecuador, Honduras und Nicaragua sowie Regierungsvertreter aus Kuba und Dominica in einer dollarfreien Handelszone in Südamerika und der Loslösung von internationalen Finanzinstitutionen, speziell dem IWF und der Weltbank. Insgesamt soll ein „von wirkungslosen globalen Finanzinstitutionen und vom Monopol des Dollars befreiter Raum geschaffen werden“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung. Ein regionaler Währungsfonds soll die Staaten der Region bei Finanzierungsproblemen unterstützen. Der Zahlmeister Venezuela sagte dafür 500 Millionen US-Dollar zu. Ansonsten ist ALBA im Wesentlichen eine Initiative von Entwicklungs- und Schwellenländern. Russlands Präsident Medwedew, der ohnehin in Caracas war um Rüstungsgeschäfte abzuschließen, stellte in Aussicht als assoziiertes Mitglied beizutreten.

Der wichtigste Beschluss des Gipfeltreffens war die Gründung einer regionalen Währung. Der Name steht bereits fest: Sucre („Sistema Unitario de Compensación Regional“, „Vereinheitlichtes Ausgleichssystem“), benannt nach dem Freiheitshelden Antonio José de Sucre. Bis zur Dollarisierung im Jahr 2000 hieß auch die ecuadorianische Währung Sucre. Fünf Jahre später legte sich der jetzige ecuadorianische Präsident und damalige Wirtschaftsminister, Rafael Correa, mit dem IWF an. Acht Jahre später forderte er eine gemeinsame Währung für Südamerika und rannte mit diesem Vorschlag bei Hugo Chávez offene Türen ein. Ziel der gemeinsamen Währung ist es, beim gegenseitigen Handel auf den Dollar als Zahlungsmittel verzichten zu können und sich vor Kursschwankungen besser zu schützen. Ganz nach dem Vorbild des Euros, soll der Sucre zunächst als virtuelle Währung eingeführt werden. Wahrscheinlich wird der Sucre an den Euro gebunden werden. Kandidaten für die Einführung der neuen Währung sind auch Brasilien und Argentinien, die ohnehin schon beschlossen haben, beim Handel zwischen den beiden Ländern auf den Dollar zu verzichten, was allerdings noch nicht in die Tat umgesetzt wurde.

Neben Energieabkommen, der Wirtschaftsgemeinschaft ALBA und der geplanten Regionalwährung fördert Venezuela die Integration Südamerikas auch auf technischem Gebiet. Der neueste Coup war Venesat-1, landläufig „Bolívar“ genannt: Ein 325 Millionen Euro teurer Satellit, der am 29. Oktober 2008 ins All geschossen wurde und in den nächsten 15 Jahren für Südamerika und China Fernseh- und Telekommunikationsdienste leisten soll. Von China gebaut und von Venezuela betrieben. Interessant ist auch die Integration Südamerikas durch Medien. Allen voran mit dem multistaatlichen Projekt TeleSUR („Fernsehen des Südens“), einer Art CNN Südamerikas.

6.4 Der Fernsehsender der Revolution

„Wo machst Du ein Praktikum? TeleSUR? Bei der Regierung?“ Eigentlich wollte ich nur nach dem Weg fragen, doch fast immer kommt es zum Small-Talk. Woher bist du? Wo wohnst du? Was machst du in Caracas? An der Reaktion auf meinen Praktikumsplatz erkenne ich sofort, ob ich mit einem Chavista oder einem Antichavista spreche. Bei Antichavistas stößt der Name TeleSUR auf Ablehnung, wenn nicht gar Abscheu, denn der Fernsehsender ist ein Kind von Hugo Chávez. Am 24. Juli 2005, dem 222. Geburtstag Simón Bolívars, hat der Nachrichtenkanal den Sendebetrieb aufgenommen. Die Idee stammte von Fidel Castro. Zuvor waren der britische BBC und der US-amerikanische CNN En Espanol die einzigen kontinentalen Nachrichtensender in Südamerika. Vizeprogrammdirektor Aram Arahonian nennt es das „erste anti-hegemoniale Telekommunikationsprojekt in Lateinamerika“. TeleSUR sei der Versuch, „mit der 500-jährigen Gewohnheit Lateinamerikas zu brechen, sich durch fremde Augen zu betrachten.“

Hauptsitz des Fernsehsenders ist Venezuela. In Caracas in der Calle Vargas prangt das TeleSUR-Logo am grauen Gebäude und darunter der Slogan: „Nuestro Norte es el Sur“ – unser Norden ist der Süden. In der silbernfuturistischen Empfangshalle stehen die Nationalflaggen der sechs Anteilseigner. Neben Venezuela sind das Argentinien, Bolivien, Kuba, Ecuador und Nicaragua. In der US-Regierung stieß die Nachricht des neuen Kanals auf hysterische Reaktionen. Die Ausstrahlung eines Gegenprogramms wurde genauso öffentlich erwogen wie der Einsatz von Störsignalen. Die politischen Wogen haben sich allerdings inzwischen geglättet. Schon allein weil TeleSUR in der Bevölkerung nicht die Akzeptanz hat wie beispielsweise Al-Dschasira in den arabischen Ländern. In der Lobby von TeleSUR zeigt eine Wandtapete die Helden des südamerikanischen Befreiungskampfes, während an den Wänden Flachbildschirme das aktuelle Programm von TeleSUR ausstrahlen. Als ich meinen ersten Arbeitstag beginnen soll, läuft gerade eine Dokumentation über die Machenschaften der CIA in Lateinamerika. Ein Thema, das bei CNN gerne vernachlässigt wird. In der Personalabteilung hängen Poster von Hugo Chávez und der sozialistischen Revolution.

Ich werde den aus Kolumbien stammenden Journalisten William Parra begleiten. Er produziert Reportagen für die wöchentliche Sendung „Reportajes“. Sein Berufsweg ist symptomatisch für TeleSUR. Nachdem er in Kolumbien Interviews mit einigen FARC-Guerillakämpfern machte, warf ihm die kolumbianische Uribe-Regierung eine zu große Nähe zur FARC vor und leitete ein Ermittlungsverfahren ein. „Du kannst nicht mehr recherchieren, du darfst nicht mehr Informanten treffen und nach jeder guten Berichterstattung wirst du vernommen“, sagt William Parra. Also ging er nach Venezuela

zu TeleSUR. Der Sender genießt bei der linken FARC ein hohes Vertrauen. So hoch, dass sich das kolumbianische Militär bei der Befreiung von Ingrid Betancourt als Journalisten von TeleSUR und Mitarbeitern des Roten Kreuzes ausgab, um die FARC zu überwältigen.

TeleSUR wird hauptsächlich von Venezuela finanziert, weist aber offiziell jede Abhängigkeit von der Regierung zurück. Doch bereits die Auswahl der Themen zeigt, dass die politische Richtung nach links geht. In der Sendung „Reportajes“ handeln die Reportagen von den Erfolgen der sozialistischen Revolution („Der Satellit *Simón Bolívar*“), den Kämpfern der Revolution („Ein außergewöhnlicher Held: *Che Guevara*“) und den Verfehlungen der Imperialisten („USA: Die Macht der Schulden“). Selbst Vizeprogrammleiter *Aram Aharonian* kritisiert die Entwicklung von TeleSUR inzwischen scharf. Es sei nicht in Ordnung, wenn der Informationsminister von Venezuela gleichzeitig Präsident des Senders sei. Dieser habe Mitarbeiter, die aus ganz Lateinamerika gekommen waren, wieder rausgeworfen und sich mit venezolanischen Bürokraten umgeben. Und Präsident *Chávez* würde vor der Realität die Augen verschließen: „Er liest die Berichte, die man ihm gibt. Der Sender hat 100.000 Zuschauer täglich, aber er spricht von 50 Millionen.“ Doch trotz interner Querelen und niedriger Zuschauerzahlen hat die bloße Existenz von TeleSUR bereits beachtliche Folgen für die Berichterstattung in Südamerika. Anders als früher sendet CNN die Bilder aller lateinamerikanischen Präsidenten, auch wenn sie dem State Department nicht immer passen. Bilder der indigenen Zeremonien bei der Wahl von *Evo Morales* bis hin zu den Reden *Daniel Ortigas* vor der UNO. „Warum?“, fragt *Aharonian* rhetorisch, „weil CNN genau weiß, dass die Menschen TeleSUR einschalten, wenn sie diese Bilder bei CNN nicht sehen.“

6.5 Christoph Kolumbus – Held der Kolonialisten

Ein weiteres Beispiel für die unterschiedliche Interpretation von Ereignissen ist das Gedenken an das Jahr 1492. In den USA wird jährlich mit einem großen Straßenumzug „Columbus-Day“ gefeiert. In Spanien ist der 12. Oktober ein Nationalfeiertag. An diesem „*día de la Hispanidad*“ sind alle Geschäfte geschlossen, stattdessen wird mit Konzerten und Ausstellungen die Entdeckung Amerikas gefeiert. Ein Fest der Freude. Nicht so in Lateinamerika. In vielen Ländern wird nicht Christopher Kolumbus, sondern es werden die Ureinwohner Amerikas gefeiert. In bewusster Abgrenzung zum Columbus Day wird dieser Tag „*Día de la Raza*“ – „Tag der Rassen“, genannt und sich damit vom kolonialistischen Blick auf Südamerika emanzipiert. So auch in Venezuela, dem einzigen südamerikanischen Festland, auf dem

Kolumbus tatsächlich landete. Bis Hugo Chávez 2002 entschied, den Fokus nicht nur auf die Ureinwohner, sondern vor allem auf deren Widerstand zu legen: „Día de la Resistencia Indígena“ – Tag des Widerstandes der Ureinwohner. In spanischen und US-amerikanischen Schulbüchern lautet die Überschrift zu 1492: Christopher Kolumbus entdeckte Amerika. In Venezuela ist dagegen vom „Widerstand der Ureinwohner“ zu lesen. Als dieser Tag 2004 in Caracas gefeiert wurde, versammelten sich Demonstranten um eine Statue von Christoph Kolumbus und demonstrierten gegen den Mann, der die Kolonialisierung Amerikas einleitete. Als sie die Statue schließlich umstürzten zogen Zeitungen einen Vergleich zwischen dem Umsturz der Saddam Hussein Statue in Bagdad ein Jahr zuvor: „Genauso wie die Statue von Saddam in Bagdad, stürzte am 12. Oktober 2004 die von Kolumbus, dem Tyrannen.“ Dementsprechend berichtet der private US-Sender CNN En Español am 12. Oktober von der Entdeckung Amerikas durch Christopher Kolumbus, während der staatliche südamerikanische Kanal TeleSUR den Widerstand und die Folgen für die Ureinwohner zeigt.

7. Rückendeckung für die neue Linke

Fast zwangsläufig richtet sich die Integration Südamerikas gegen die US-amerikanische Vorherrschaft in der Region. Die Vereinigten Staaten haben Südamerika einst als ihren „Hinterhof“ bezeichnet und oft auch so behandelt. Chávez hat von Anfang an dem Goliath des Nordens die Stirn geboten und dabei nicht mit theatralischen Gesten geizt. Seine Rede in der Vollversammlung der Vereinten Nationen, in der er George W. Bush als „Teufel“ bezeichnete und sich anschließend bekreuzigte, geht wohl in die UN-Geschichte ein. Trotz gegenseitiger Beschimpfungen besteht zum größten Feindbild – den USA – die größte wirtschaftliche Abhängigkeit. Die Vereinigten Staaten sind als grösster Abnehmer venezolanischen Erdöls somit auch wichtigster Handelspartner, und der einzige, der mehr Geld als Waren nach Venezuela bringt. Tendenz steigend. Ein Abbruch der Handelsströme ist wirtschaftlich nicht vorstellbar. Trotzdem wird politisch kritisiert, provoziert und sogar mit der Unterbindung der Erdöllieferungen gedroht.

Die Wogen haben sich geglättet, seit George W. Bush von Barack Obama abgelöst wurde. „Un negro en la Casa Blanca“ – „Ein Schwarzer im Weissen Haus“ titelten die venezolanischen Zeitungen zur Wahl von Barack Obama. Der neue US-Präsident galt als Hoffnung für bessere politische Beziehungen. Chávez reagierte ganz begeistert und sendete Grüße „von einem Schwarzen an einen Schwarzen“. Doch sein Enthusiasmus stieß nur auf wenig Gegenliebe. Obama weiß, dass der Einfluss der USA in Südamerika

stark zurückgegangen ist. Das Interesse europäischer und asiatischer Investoren sowie der innerkontinentale Handel sind dagegen deutlich gestiegen. Die Wege der Lateinamerikaner führen heute nicht mehr nur nach Washington, sondern zunehmend auch nach Brasilia, Madrid, Neu-Delhi und Peking. Das lag an der Vernachlässigung der Beziehung seit dem 11. September, aber auch an einem aktiven Hugo Chávez. Der venezolanische Präsident sei „destruktiv für Lateinamerika“, sagte Obama, nachdem er gewählt wurde. Seitdem herrscht Funkstille auf der politischen Bühne.

Ob konstruktiv oder destruktiv – sicher ist, dass 1998 mit der Wahl von Hugo Chávez ein Linksruck in Südamerika begann, der heute noch anhält. Nachdem auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges in fast allen südamerikanischen Ländern das neoliberale Modell vorherrschte, folgte schnell Ernüchterung. In einigen Ländern aufgrund von Unterdrückung, Folter und Mord durch die Diktatoren. In den meisten Fällen durch einen katastrophalen Einbruch der Wirtschaft. So wandelte sich die politische Farbe Südamerikas von tiefschwarz in ein Rot mit verschiedenen Schattierungen. Außer in Kolumbien regieren in fast allen südamerikanischen Ländern Linksregierungen. Ansonsten kann man grob vereinfacht von zwei Lagern sprechen: einer weitverbreiteten pragmatisch-sozialdemokratischen Linken in Brasilien, Chile, Uruguay und Argentinien, deren Partnerschaft mit Venezuela weniger auf dem Interesse an den Bolivarischen Visionen von Chávez, als auf dem Interesse an Venezuelas Ölreichtum basiert. Auf der anderen Seite steht eine populistische, tiefrote Linke mit revolutionärer Rhetorik. An vorderster Front finden sich hier Venezuela und traditionell Kuba. An ihnen orientieren sich Bolivien, Ecuador und Nicaragua. Auffällig daran ist, dass Venezuela der mit Abstand reichste Vertreter ist, der den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ auf Südamerika ausweiten will und sich das einiges kosten lässt. Die linksgerichteten Schwellen- und Entwicklungsländer haben damit in Hugo Chávez einen Blanko-Scheck-Geber gefunden. Kritiker werfen ihm vor, seine Freunde zu kaufen. Der venezolanische Präsident nennt es Loyalität zu den Ländern Südamerikas. Auf jeden Fall bot der 54-Jährige mit der bolivarianischen Revolution eine Alternative zum neoliberalen Experiment. Chávez wirkte wie ein Messias, in einer Zeit, als auf dem ganzen Kontinent Enttäuschung herrschte über das hohe Armutsgefälle, die Inflation und die Schuldenspirale. Welche Auswirkungen diese Alternative in der Praxis hat, zeigt das Beispiel Bolivien.

Indirekt ist Albert Niemann für den heutigen Streit zwischen Bolivien und den USA verantwortlich. 1859 gelang es dem deutschen Apotheker, Kokain aus den Pflanzen zu isolieren und als schmerzbetäubendes Medikament zu verwenden. Als sich Kokain im 20. Jahrhundert zu einer verbreiteten Droge entwickelte, wurde Coca-Anbau zum internationalen Politikum.

Wenn es nach den USA geht, soll der Cocastrauch vollständig vernichtet werden. Die Vereinigten Staaten entsenden daher jährlich Hubschrauber der US-Drogenpolizei Drug Enforcement Agency (DEA) nach Bolivien, um die Plantagen mit Pflanzenvernichtungsmitteln zu besprühen. Doch für Bolivien bedeutet dies nicht nur die Existenzbedrohung für die meist indigenen Coca-Bauern. Die Coca-Blätter haben hier eine 4.000 Jahre alte Tradition, sind Teil der Schöpfungsgeschichte des Inka-Reiches, haben einen hohen Nährwert, werden für schamanische Heilungen verwendet und sind in traditionellen Dörfern Teil der sozialen Interaktionen. Kulturell wäre ein Verbot der Coca-Pflanze für Bolivien wie ein Verbot von Bier in Bayern. Der bolivianische Präsident und ehemalige Gewerkschaftsführer der Coca-Bauern, Evo Morales, will daher den Coca-Anbau weiter ausdehnen und daraus Produkte herstellen wie Tee, Mehl, Medizin, Shampoos, Seifen, Salben, Kekse und Kaugummi. 2008 kam es beim Streit um den Coca-Anbau zum Eklat. Evo Morales warf dem US-Botschafter vor, die Autonomiebestrebungen der reichen Regionen im Andenstaat und damit die Spaltung des Landes zu unterstützen und verwies ihn des Landes. Daraufhin strich Noch-Präsident Bush die Abnahme von Textilien im Wert von 47 Millionen Dollar. Mit diesem Einnahmeausfall stand Bolivien kurz vor der Krise. Doch Venezuela hat dem Andenland nicht nur spontan angeboten den ausgefallenen Warenexport zu übernehmen. Aus Solidarität mit Bolivien wurde auch gleich der US-Botschafter in Venezuela des Landes verwiesen. Seitdem gibt es in der streng bewachten US-Botschaft in Caracas keinen Botschafter mehr. Dafür liefert Bolivien seit dem 15. Januar seine Textilien nun nicht mehr in die USA, sondern nach Venezuela.

Doch in einigen Ländern führt die Scheckbuchpolitik dazu, dass das von Hugo Chávez schnell verteilte Geld genauso schnell versickert oder in den Taschen einiger weniger landet. Mit dem Programm Petrocaribe ermöglicht Chávez die Lieferung von günstigem Öl an die Karibik. Trotz der ohnehin günstigen Lieferung kämpft Venezuela mit deren Zahlungsmoral. So gab die Dominikanische Republik im Dezember 2008 bekannt, dass sie ihre zwei Milliarden US-Dollar Schulden nicht bezahlen könnten. Statt den Ölhahn zuzudrehen, darf die Karibikinsel ihre Verbindlichkeit nun in Form von schwarzen Bohnen abzahlen. Und aus Belize kam die Meldung, dass 20 Millionen US-Dollar an venezolanischen Hilfgeldern „verschwunden“ seien. Doch keine andere außenpolitische Maßnahme während meiner Recherche hat das Vertrauen in den Idealismus des Präsidenten und dessen Einsatz für Recht und Gesetz so erschüttert wie die Unterstützung von Nicaragua.

Am 9. November 2008 fanden in Nicaragua Kommunalwahlen statt. Hugo Chávez unterstützte offen die linken Sandinisten und tat dies auch dann noch, als sich ein Wahlbetrug abzeichnete. Zum ersten Mal seit 1990 wur-

de unabhängigen Beobachtern verweigert, die Wahlen zu begleiten. Zuvor sank die Unterstützung des sandinistischen Präsidenten Daniel Ortega auf knapp 20 Prozent. Journalisten wurden schikaniert, zwei Oppositionsparteien wurde die Teilnahme an den Wahlen verweigert. Gegen die Protestierenden schickte Ortega seine mit Knüppeln und Steinen bewaffneten Anhänger auf die Straße. Die USA haben daraufhin ihre Entwicklungshilfegelder eingefroren. Die EU drohte damit. Nicaragua ist nach Haiti das ärmste Land der westlichen Hemisphäre. Die Gelder aus den USA und der EU machen ein Drittel des Regierungsbudgets aus. Chávez und der ehemalige Guerillaführer Ortega sind alte Freunde. Der nicaraguanische Präsident war früher Comandante der linken Sandinistas und kämpfte erfolgreich gegen die Diktatur der Somoza-Dynastie und später gegen die von den USA unterstützten Contra-Rebellen. Kurz vor seiner Wahl zum Präsidenten war er Gast in Chávez wöchentlicher Talk-Show „Aló Presidente“. Für Hugo Chávez wäre es ein leichtes gewesen, auf das autoritäre Abdriften Ortegass einzuwirken. Stattdessen gab er ihm Rückendeckung: „Keine Sorge, Comandante“, rief er dem ehemaligen Guerillaführer Daniel Ortega zu. Falls Entwicklungshilfegelder der USA und der EU ausfallen, werde Venezuela einspringen und die ausgefallenen Gelder übernehmen.

Das deutsche Entwicklungshilfeministerium sieht dies als klares Beispiel für die verfehlte venezolanische Lateinamerikahilfe. Auf meine Anfrage heißt es, bei diesen Hilfsmaßnahmen sei „weder die absolute Höhe der Hilfe feststellbar, noch scheinen entwicklungspolitische Gesichtspunkte – im Gegensatz zu außenpolitischen Interessen – im Vordergrund zu stehen.“ Entwicklungspolitische Kriterien wie Wirksamkeit, Nachhaltigkeit und Effizienz kämen nicht zur Anwendung und ob die Hilfe der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele dient, bleibe offen. Doch das Entwicklungshilfeministerium will nicht mit Steinen werfen, solange es im Glashaus sitzt. Deshalb begrüße es „neue Akteure und ihre weltweiten Aktivitäten“, schließlich stehe die Entwicklungszusammenarbeit vor einer „Finanzierungslücke“. Will heißen: Bereits 1970 verpflichtete sich Deutschland 0,7 Prozent des Bruttosozial- bzw. Bruttoinlandsprodukts für öffentliche Entwicklungshilfe aufzuwenden. Doch Deutschland hat dieses Ziel – im Gegensatz zu Schweden – regelmäßig unterlaufen. Die finanzielle Unterstützung der Regierung Chávez ist weniger Entwicklungshilfe im klassischen Sinn, sondern Teil eines politischen Projekts, dass die Integration südamerikanischer Länder mit einer linksgerichteten Politik zum Ziel hat.

8. Gespaltenes Land

8.1 Medien

Über die Politik der Regierung wird jeden Tag in der Presse ausführlich berichtet. Doch wer ein halbwegs objektives Bild erhalten möchte, muss mindestens zwei Zeitungen kaufen: Eine chavistische und eine anti-chavistische. Laut chavistischen Medien ist Venezuela ein Paradies und der Grund dafür ist allein die Sozialistische Revolution. Unter den Teppich gekehrt werden dabei gerne die Umwelt-, Verkehrs-, Inflations-, Korruptions- und Kriminalitätsprobleme. Laut anti-chavistischen Medien herrschen in Venezuela Zustände wie in Sodom und Gomorrha und Schuld daran hat einzig – wer sonst – die Sozialistische Revolution. Unerwähnt bleiben die extrem umfangreichen sozialen Projekte, die staatliche Förderung von Kunst, Kultur und Bildung. Beide Seiten bedienen ihr Lager. Gleiches gilt für die Berichterstattung zur Außenpolitik. Chavistische Medien betonen die Integration Südamerikas, von der vor allem die Ärmsten profitieren. Antichavistische Medien rechnen dagegen die Kosten dieser Außenpolitik vor und schämen sich, in Anbetracht der verbalen Amokläufe, mit der der Präsident andere Länder vor den Kopf stößt.

Als Chávez 1999 an die Macht kam, hatte er mit einer sehr starken Opposition zu kämpfen. Diese bestand nicht nur aus gegnerischen Parteien, Unternehmerverbänden, einigen Gewerkschaften und der katholische Kirche, sondern auch aus fast allen Massenmedien. Das Verhältnis der linksnationalistischen Regierung zu den großen Privatsendern wurde extrem zerrüttet, als sich diese Medien während eines Putschversuches gegen Chávez im April 2002 auf die Seite der Militärs geschlagen haben. Auf den Straßen forderten Hunderttausende Menschen die Rückkehr des Präsidenten. Doch 640 private Radio- und 47 private Fernsehsender haben diese Nachricht nicht gesendet. Als würden die Demonstrationen nicht existieren, zeigten sie Musik- und Zeichentrickfilme. Dem Fernsehsender Radio Caracas Televisión (RCTV), einem erbitterten Gegner des Präsidenten, wurde vorgeworfen den Putsch unterstützt zu haben und damit seine Sendelizenz nicht verlängert. Der Protest war groß. Aber nicht, weil das Volk die Kritik am Präsidenten vermisst, sondern weil auch viele Chávez-Anhänger nicht auf die beliebten Telenovelas mit ihren Liebes- und Schurkengeschichten verzichten wollten. Nun gibt es nur noch einen antichavistischen Fernsehsender: Globovisión. Von außen wirkt das Gebäude wie ein Hochsicherheitstrakt. Eine drei Meter hohe weiße Betonmauer und dahinter ein sechs Meter hoher Zaun mit Stacheldraht schützen das Gebäude. Auf dem Gehweg stehen Betonpfeiler. Nur die Parabolspiegel, die Satellitenschüssel und Antennen auf dem Flach-

dach deuten darauf hin, dass sich hier ein Fernsehsender befindet. Nirgendwo ein Logo von Globovision, dafür haben Studenten ein Unterstützerplakat an die Mauer geklebt: „Globovision muss weitersenden!“ Denn die Regierung hat wieder einmal mit dem Entzug der Sendelizenz gedroht. Das Programm von Globovision besteht fast ausschließlich aus Kritik am Präsidenten und an der sozialistischen Revolution. Die 18 Stunden Nachrichten pro Tag werden genutzt um auf die Widersprüche, Schwächen und Missstände der Regierung hinzuweisen. Mit versteckter Kamera zeigen sie die Kriminalität auf den Straßen, geben der Opposition eine Plattform und berichten über Proteste der Studentenbewegung. Besonders beliebt ist die Sendung „Yo Prometo“ – Ich verspreche. Darin werden Falschaussagen und Widersprüche von Politikern entlarvt – ausschließlich aus der Partei von Hugo Chávez. Umgekehrt zelebrieren chavistische Medien und auch die chavistische Partei PSUV selbst jede Selbstverständlichkeit – vom ausgebesserten Schlagloch bis zur neuen Schaukel auf dem Spielplatz – als Errungenschaft der sozialistischen Revolution. In Werbespots im Kino, Anzeigen in Zeitungen und auf Riesenpostern in den Straßen, streichelt Hugo Chávez kleinen Kindern über den Kopf, herzt ältere Damen oder sieht ernsten Blickes mit gereckter Faust in die Zukunft des Sozialismus.

8.2 Kommunalwahl

Die radikale Spaltung in der Einstellung zum Präsidenten zeigte sich auch bei der Kommunalwahl am 23. November 2008. In allen 22 Bundesstaaten und der Hauptstadt Caracas wurden Bürgermeister und Gouverneure gewählt. Theoretisch sollte es bei der Wahl von Kommunalpolitikern darum gehen, ob die Straßen sauber, der Heimweg nachts sicher und die Behörden nicht korrupt sind. Nicht so in Venezuela. Obwohl es sich um Kommunalwahlen handelt, fährt der Präsident seit Wochen unermüdlich durch das Land um die Massen zu mobilisieren. In Wahlkampfveranstaltungen spricht er davon, dass „seine Kandidaten“ am Sonntag gewinnen müssten, um die Integrität der sozialistischen Revolution zu garantieren und die Zukunft der Misiones, der Sozialprogramme, zu sichern. Chávez ist das Zugpferd des einfachen Mannes. „Ich finde unseren Bürgermeister nicht gut“, sagt eine Kioskverkäuferin und spricht von Korruption, Unfähigkeit, Vetternwirtschaft und Faulheit. Während der Präsident weiterhin große Unterstützung im Volk genießt, herrscht Unzufriedenheit über seinen lokalen Repräsentanten. „Aber ich werde auf keinen Fall jemanden aus der Opposition wählen. Die haben uns früher unterdrückt und sind Rassisten.“ Nur zwei U-Bahnstationen weiter argumentieren die Menschen auf der Straße genau entgegen-

gesetzt: „Ich weiß gar nicht wer antritt, aber ich werde auf jeden Fall die Opposition wählen. Hauptsache kein Chavist.“

Die Spaltung zeigte sich schließlich auch am Wahlergebnis. Von 22 Bundesstaaten hat die Chávez-Partei PSUV 18 gewonnen. Ein beachtlicher Erfolg. Wie zu erwarten konnte die Opposition dagegen bei der Ober- und Mittelschicht und in den Großstädten punkten. Alle politisch und wirtschaftlich bedeutenden Bundesstaaten sowie die Hauptstadt Caracas fielen an die Opposition. Chávez hatte vor der Wahl noch gewettert, dass er im Falle eines Wahlsieges der Opposition Panzer in diese Gegenden entsenden wird. Seine Angst vor einem Putsch ist nicht vollkommen unbegründet. 2002 kam es gegen ihn erst zu einem gescheiterten Militärputsch und später zum Generalstreik oder besser gesagt einer Aussperrung. Denn es war vor allem das Management der Ölindustrie, das die gesamte Ölförderung lahm legte und damit den Rücktritt des Präsidenten erzwingen wollte – ungeachtet der Tatsache, dass Chávez zuvor demokratisch gewählt wurde. Nach der Kommunalwahl klingt Chávez schon ganz anders, kein Wort mehr von Panzern. Er erkenne das Wahlergebnis an und freue sich über seine Wahlerfolge. Bei seinen Anhängern hat sich das anscheinend noch nicht herumgesprochen. Der neugewählte Oberbürgermeister von Caracas musste seinen Amtssitz verlegen, nachdem Chávez-Anhänger das Rathaus verwüstet hatten. Von seinem Vorgänger wurde es noch liebevoll restauriert, nun sind die Fensterscheiben des neoklassizistischen Gebäudes eingeworfen und die Fassade mit Graffiti beschriftet: „Hau ab, Faschist“ und „Hier ist Chávista-Gebiet“. Die Popcorn-Verkäuferin davor hat Mühe den vorbeischlendernden Touristen zu erklären, was passiert ist. Vom Präsidenten, der sich sonst gerne zu jeder kommunalen Lapalie äußert, war kein Protest zu hören. Er musste sich bereits um den nächsten Wahlkampf kümmern: Eine Volksabstimmung zur Änderung der Verfassung. Das wäre die fünfzehnte Abstimmung in zehn Jahren. Es herrscht Dauerwahlkampf in Venezuela. Doch das Volk wird nicht politikmüde. Im Gegenteil. Unmöglich auf Venezuelas Straßen jemanden zu finden, der KEINE Meinung zu Hugo Chávez hat. Die Wahlbeteiligung betrug rekordverdächtige 65,4 Prozent.

In direktem Anschluss an die Kommunalwahl rollt eine Wahlkampflawine über das Land, die sicherstellen soll, dass die Venezolaner beim kommenden Referendum mit *Sí* stimmen. Damit hätten der Präsident und alle anderen Amtsträger die Möglichkeit, sich unbegrenzt wiederwählen zu lassen. Nach bisherigem Recht müsste Chávez 2013 abtreten. Chávez-Anhänger sehen in der Möglichkeit, den Präsidenten, die Gouverneure und Bürgermeister künftig unbegrenzt zu wählen, einen weiteren Schritt in Richtung Demokratisierung und Volksbeteiligung. Sie berufen sich dabei auf europäische Vorbilder wie Spanien und Deutschland. Das Referendum ist aber auch deshalb

von großer Bedeutung, weil es keinen Kandidaten gibt, der bessere Chancen hätte, zum Präsidenten gewählt zu werden, als Chávez. Das weiß auch die Opposition. Vor allem Studenten demonstrieren gegen diese Verfassungsänderung. „Nein heißt Nein“ lautet ihr Slogan. Denn bereits 2007 scheiterte Chávez mit einem Reformpaket, das unter anderem die unbegrenzte Wiederwahl des Präsidenten ermöglicht hätte. Das Volk stimmte mit knapper Mehrheit dagegen. Hugo Chávez erlitt seine erste Niederlage in neun Jahren. Die Wähler der Opposition gewannen nicht nur die Volksabstimmung, sondern auch neues Vertrauen in die Wahlergebnisse. Im Februar 2009 versuchte er es ein zweites Mal und gewann mit 54 Prozent Ja-Stimmen, bestätigt von internationalen Wahlbeobachtern.

8.3 Ölzukunft

Präsident Chávez kann nun unbegrenzt Präsident bleiben – sofern er wiedergewählt wird. Doch die Ölkrise wird ihm das Regieren erschweren. Eine meiner zentralen Fragen im Heinz-Kühn-Rechercheplan von 2007 wurde schneller Wirklichkeit, als gedacht: „Was passiert, wenn die Öleinnahmen wegbrechen?“ Seit Ende 2003 stiegen zunächst der Ölpreis und damit die venezolanischen Einnahmen massiv. 2008 drückte dagegen der Einbruch des Ölpreises das Wirtschaftswachstum auf fünf Prozent. Seit Juli 2008 fiel der Preis von 140 US-Dollar pro Barrel innerhalb eines halben Jahres auf 40 US-Dollar. Im Budget 2009, das noch mit 60 Dollar pro Fass rechnet – doppelt soviel wie der jetzige Preis –, tut sich ein Loch auf. Noch ist von der weltweiten Ölkrise in Venezuela, dem fünftgrößten Ölproduzenten der Welt, nichts zu spüren. 90 Prozent der Wirtschaft und mehr als die Hälfte der Einnahmen des Landes hängen vom Ölexport ab. Da ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich die Einnahmeausfälle in der Staatskasse bemerkbar machen und auf Chávez großzügige Sozialpolitik auswirken. Die erste Sparmaßnahme aufgrund der Finanzkrise hatte der Präsident bereits angekündigt. Er wollte eines seiner Lieblingsprojekte einstellen: Verbilligtes Heizöl für bedürftige Haushalte in den USA. Seit Hurrikan Katrina belieferte Venezuela 224.000 amerikanische Haushalte. Die angekündigte Kürzung wurde jedoch zurückgenommen um ein positives Signal an die neue US-Regierung zu senden. Dennoch bleibt eines der Grundprobleme der venezolanischen Wirtschaftspolitik bestehen. Anstatt die hohen Erdölerlöse produktiv zu investieren, wurde die Abhängigkeit vom Erdöl weiter ausgebaut. Eine Entwicklung, die sich heute rächt. Der Beitrag des Agrarsektors zum Bruttosozialprodukt liegt bei nur 4 Prozent, trotz der großen Möglichkeiten in diesem Bereich. Die Importquote bei Nahrungsmitteln liegt bei

über 70 Prozent. Solange die Wirtschaftsleistung fast ausschließlich auf der Ölindustrie beruht, kann auch die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung nicht wirksam bekämpft werden. Denn die Erdölindustrie beschäftigt nach Angaben des Auswärtigen Amtes direkt und indirekt nicht einmal 100.000 Menschen. Die bolivarianische Revolution steht und fällt mit den Öleinnahmen. Noch beschwichtigt der Präsident. Doch der Gürtel wird enger geschnallt werden müssen. Fragt sich nur für wen: die Sozialausgaben im Land oder die Hilfsmaßnahmen für andere Länder? Und welche Folgen werden die Einsparungen für die Popularität des Präsidenten haben? Chávez gab bekannt, bis mindestens 2019 Präsident bleiben zu wollen. Doch inwiefern kann der charismatische Redner seine Anhänger halten, wenn die Ölgelder wegbrechen? Wie kann das bolivarianische Projekt der Integration Südamerikas fortschreiten, wenn der Ölhahn Venezuelas gedrosselt wird? Mit Hugo Chávez begann ein massiver Linksruck innerhalb Venezuelas und auf dem gesamten Kontinent. Fragt sich, ob es eine Fortsetzung der ambitionierten Projekte ohne Hugo Chávez geben wird. Die Geschichte Venezuelas spricht dagegen. Präsidenten waren vor allem damit beschäftigt, die Taten ihrer Vorgänger möglichst schnell rückgängig zu machen. Doch Chávez sieht sich nach zehn Jahren erst in der Halbzeit. Ein Ende seiner so radikalen wie widersprüchlichen Maßnahmen ist nicht in Sicht. Wenn er seinen eingeschlagenen Kurs beibehält, wird er alles tun, um die bolivarianische Revolution zu vollenden. Auch wenn damit die Dehnbarkeit des Begriffes „Rechtsstaatlichkeit“ auf die Probe gestellt wird. Für den Moment steht auf jeden Fall fest: Er spricht laut, denkt groß und sein Regierungswille ist größer denn je.